

Daseinsvorsorge ermöglichen – eine Herausforderung für den ländlichen Raum

Alrun Niehage

„Das Leben in den ländlichen Gemeinden und ‚auf dem Dorf‘ war ... [bis Anfang des 20. Jahrhunderts] ... eine täglich neu zu bestehende Bewährungsprobe. [] Solange der Lebensunterhalt nur vom eigenen Acker und von der eigenen Hände Arbeit bestritten werden konnte, solange keine soziale und finanzielle Absicherung bestand und der einzelne sowohl den Kräften der Natur wie den politischen Mächten [] ausgeliefert war, bedeutete schon das bloße Überleben einen Erfolg. ‚Gut‘ zu leben, das hieß, Nahrung und Kleidung für das ganze Jahr, finanzielle Rücklagen in Notfällen, ein eigenes Haus mit eigenem Grund und Boden als Sicherheit zu haben – doch das war ein Privileg, keine Selbstverständlichkeit. Die aus heutiger Sicht idyllische Einbettung der Dörfer in die Landschaft, das harmonisch erscheinende Leben in der Dorfgemeinschaft und die funktionierende Familiensolidarität haben zweifellos existiert, aber sie sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Leben im Dorf so romantisch nicht war“ (Bartelt u. a., 1991, S. 31 f).

Diese Beschreibung des Landlebens in Lippe zu Lebzeiten meiner Urgroßmutter um 1900 lässt erkennen, dass es erforderlich ist, die Bilder vom Alltag auf dem Land zu überprüfen, wenn wir heute über ländliche Regionen wie diese von zunehmender Überalterung, Entleerung und Versorgungsnotstand lesen und hören.

Was unterscheidet den ländlichen Raum vom städtischen und wie sieht der Alltag auf dem Land heute konkret aus? Dieser Frage soll im folgenden Beitrag nachgegangen werden. Dazu wird das Leben im ländlichen Raum skizziert, die Da-

seinsvorsorge als Aufgabe ländlicher Planungs- und Entwicklungsprozesse dargestellt und versucht, Perspektiven gelingender Daseinsvorsorge aufzuzeigen.

1 Leben im ländlichen Raum

Ländlicher Raum – Versuch einer Definition

Mit einer eindeutigen Definition des ländlichen Raums als landesplanerischem Fachbegriff tut man sich schwer. „Die länd-

Fortsetzung von Seite 112

nutzen, um eine bessere Marktposition aufzubauen, Erzeugungskosten zu senken oder über besondere Qualitätsprodukte in Nischen z. T. höhere Preise zu erzielen.

Zur Politik für die Entwicklung der ländlichen Räume schreibt die Charta, dass Kohärenz zwischen Agrarpolitik und Strukturpolitik erforderlich sei. In manchen ländlichen Räumen, vor allem abseits von Ballungszentren, sei eine zunehmende Abwanderung der jüngeren Bevölkerung sowie der Verlust an Wirtschaftskraft und Fachkräften zu beobachten. Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft seien in manchen ländlichen Räumen wichtige Arbeitgeber. Dazu die Verfasser weiter: „Bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung

ländlicher Räume wird heute ein umfassender Ansatz verfolgt. Dieser geht z. B. mit dem Ausbau der Infrastruktur, dem Erhalt der medizinischen Versorgung und einem besseren Zugang zum Breitbandnetz über die landwirtschaftliche Strukturförderung hinaus. Für alle Menschen sollen attraktive ländliche Lebensräume erhalten werden. Die Gemeinschaftsaufgabe, Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes‘ (GAK), stellt in diesem Zusammenhang ein steuerndes Instrument des BMELV dar. Das BMELV entwickelt mit den Ländern den Förderrahmen und finanziert mit Bundesmitteln Maßnahmen mit, die regionalspezifisch in den Ländern nach deren Schwerpunkten umgesetzt werden. In den letzten Jahren wurde u. a. die Breitbandförderung in die GAK aufgenom-

men, um der ländlichen Bevölkerung Zugang zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zu ermöglichen. Darüber hinaus spielen Maßnahmen der integrierten ländlichen Entwicklung (z. B. ... Dorfgemeinschaften), wasserwirtschaftliche Maßnahmen, die Förderung der nachhaltigen Landbewirtschaftung (...) und die Investitionsförderung landwirtschaftlicher Betriebe eine bedeutende Rolle. Infolge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) konnten sich Landwirte neue Einkommensmöglichkeiten erschließen.“ Ilse Raetsch

Quelle: Charta für Landwirtschaft & Verbraucher, http://www.bmelv.de/DE/Ministerium/Charta-Diskussion/charta_node.html. (Zugriff: 09.09.2012). Hier kann die gesamte Broschüre bestellt oder kostenfrei heruntergeladen werden.

lichen Gebiete im Sinne des Raumordnungsgesetzes sind bisher nicht abgegrenzt. Sie erstrecken sich auf die Gebiete außerhalb der Verdichtungsräume" (Henkel, 1999, S. 30). Jenseits dieser Negativdefinition ist zu bilanzieren, dass es den ländlichen Raum nicht gibt. Stattdessen wächst die Heterogenität ländlicher Räume. Die Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland wird zudem heute maßgeblich durch raumwirksame Politikfelder in der EU beeinflusst, sodass eine einheitliche Definition und Abgrenzung dieser Raumkategorie kaum konsensfähig wäre.

Ländliche Räume unterscheiden sich hinsichtlich Bevölkerungsdichte, Siedlungsstruktur, Lage im Raum, Wirtschaftsstruktur u. Ä., hinsichtlich ihrer Funktionen und Entwicklungspotenziale (Mose, Nischwitz, 2009, S. 2 f). Für die regionalen Entwicklungsperspektiven und langfristig die Differenziertheit ländlicher Räume sind vornehmlich verantwortlich:

- natürliche Bedingungen (z. B. Bodenqualität, Klima, Wasserverhältnisse) mit Konsequenzen für Produktions- und Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft, Angebote von haushalts- und landwirtschaftsnahen Dienstleistungen (Direktvermarktung, Urlaub auf dem Bauernhof etc.), die Ansiedlung von Städten und Industriestandorten;
- Lage und Transportkosten mit Konsequenzen für die Raumnutzungsstruktur;
- politische Maßnahmen auf allen Ebenen bis zu regionalpolitischen Strategien, die Unterschiede mehrern oder mindern;
- regionale Milieus und regionale Innovationspotenziale, die durch das Bildungsniveau, soziale Interaktionen und mehr oder weniger funktionierende Partnerschaften gekennzeichnet sind.

Mit Blick auf die Vielfalt, ihre Situation und die sich daraus ergebenden typischen Herausforderungen hat das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) 2000 aufgrund seiner laufenden Raumbearbeitung ländliche Räume in vier Strukturtypen kategorisiert:

- strukturschwache ländliche Räume,
- Gebiete in der Nähe von Verdichtungsräumen,
- Gebiete mit wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik und
- Gebiete mit Potenzialen in Landwirtschaft und Tourismus (Niehage, 2005, S. 13 f).

In der Raumordnung wird nach europäischen Maßstäben quer dazu hinsichtlich Bevölkerungsdichte und Zentren-Erreichbarkeit differenziert.

Neuerdings wird in Deutschland ein differenzierteres Typisierungskonzept verfolgt. Einerseits werden städtisch und ländlich geprägte Räume unterschieden und andererseits im Hinblick auf ihre Lage zentral gelegene von peripher gelegenen Räumen abgegrenzt. Diese viel feinere Typisierung (zehn Kategorien) ermöglicht bei regionalen Entwicklungsaufgaben kleinräumliche Analysen. Sie soll helfen, den „ländlichen Raum“ ohne pauschale Problemzuweisungen objektiv zu beschreiben sowie Stadt und Land in ihren raumfunktionalen Zusammen-

hängen zu sehen. Im Kontext spezifischer Problemfelder der neuen Bundesländer wurde hier jüngst die Kategorie „ländlichste Räume“ neu eingeführt (Maretzke, Weiss, 2009, S. 43).

Ländliche Räume sind in Deutschland keine Restgröße. Heute zählen etwa 80 Prozent der Fläche und ca. 40 Prozent der Bevölkerung zum ländlichen Raum, wenn man die OECD-Typologie mit dem Indikator der Bevölkerungsdichte heranzieht (weniger als 150 Einwohner je km²; OECD, 2006, S. 26). Von prosperierenden Regionen wie dem Oldenburger Münsterland bis zu ländlichsten Räumen beispielsweise im Osten Mecklenburg-Vorpommerns reicht die Spannweite.

Je nach sich dynamisch verändernden sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Rahmenbedingungen sind in vielen ländlichen Räumen mehr oder weniger komplexe Problemlagen entstanden. Mehrdimensionale Schwächungs- und Schrumpfungsprozesse überlagern sich infolge des Strukturwandels, der demografischen Veränderungen und wirken sich auf alle wesentlichen Arbeits- und Lebensbereiche aus. Die Konsequenzen werden im Folgenden dargestellt. Regionalspezifisch besteht jeweils unterschiedlicher entwicklungspolitischer Handlungsbedarf.

Leben im ländlichen Raum

Das Leben im ländlichen Raum ist abhängig von der Struktur und den langfristigen Entwicklungspotenzialen des jeweiligen Raums, wie zuvor beschrieben. Aktuell wirken darüber hinaus die Wiedervereinigung mit Neuorganisations- und Umstrukturierungsprozessen, die EU-Erweiterung und Globalisierung sowie der demografische Wandel. Zunehmende wirtschaftliche, soziale und ökologische Disparitäten sind die Folge.

Wenngleich ländliche Räume sehr vielfältig sind und von verschiedenen Personen unterschiedlich wahrgenommen werden, so weisen sie als Wohn- und Lebensraum Besonderheiten auf. Trotz Angleichung der Lebensstile von Stadt und Land werden auf dem Land die größeren persönlichen Freiheiten in Form von größerer Wohnfläche, Nutzung des eigenen Gartens und preiswerten Baulandgrundstücken wahrgenommen. Ruhe, Naturnähe und schöne Landschaft zählen auch dazu. Andererseits besteht oft nur ein geringes Angebot an Gütern des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen. Es sind wenig Freizeit- und Kulturangebote vorhanden, man muss mit weiten Wegen, Mobilitätseinschränkungen und Sozialkontrolle leben.

Die ländlichen Sozialstrukturen und „Dorfesellschaften“ haben sich nach Bildungsgrad, Stellung im Beruf, wirtschaftlicher Situation und Lebensstilen ausdifferenziert. Veränderungen haben insbesondere die Zuziehenden mitgebracht. Vier unterschiedliche „dörfliche“ Kulturkreise konnten identifiziert werden:

- die „Alt-Dörfler“ mit langer dörflicher Tradition und Bindung,
- „Neu-Dörfler“ mit mittelständischem Lebensstil, hohen Freizeitansprüchen und Wohnstandards,
- „emanzipierte Dörfler“ mit kritischer Haltung gegenüber dem Dorf sowie

■ „Dorf-Rand-Dörfler“, die sich selbst oft abgrenzen. In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2004 in Hessen, dem Saarland und Rheinland-Pfalz konnten anhand sozialer Indikatoren nachfolgende generelle Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Räumen festgestellt werden:

- sehr enge und enge Wohnortverbundenheit der Dorfbewohner;
- Anteil von Personen mit Hochschulzugangsberechtigung ist in Dörfern nur halb so groß wie in Städten;
- Alleinlebende gibt es in Dörfern nur halb so häufig wie in urbanen Räumen;
- nicht erwerbstätige Frauen sind in Dörfern viel häufiger anzutreffen als in der Stadt.
- Innerfamiliäre Versorgungs-, Pflege- und Betreuungsaufgaben werden auch heute im ländlichen Raum noch häufig von nicht erwerbstätigen Frauen wahrgenommen.

Durch das veränderte Rollenverständnis und die ansteigende Frauenerwerbstätigkeit stellt sich die Frage, wie diese Funktionen zukünftig wahrgenommen werden, wenn die Sozialstrukturen sich weiter verändern und sich öffentliche Daseinsvorsorgeeinrichtungen weiter verringern (Frantzen u. a., 2008, S. 12 ff).

Betrachtet man die derzeitige Bewertung der Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen durch ihre Bewohner, so bestätigen neuere Untersuchungen aus Sachsen die Ergebnisse früherer Bevölkerungsbefragungen (Beetz, 2007, S. 11). Man ist einerseits grundsätzlich in Deutschland mit dem Landleben sehr zufrieden oder zufrieden. Man ist der Meinung, auf dem Land besser als in der Stadt zu leben. Ländliche Räume sind attraktive Lebensräume. In den Ergebnissen einer Befragung von Bürgern aus dem ländlichen Mecklenburg-Vorpommern 2006 wird aber differenzierter erkennbar, dass insbesondere die technische Infrastruktur infolge des Straßenausbaus und der gestiegenen Wohnumfeldattraktivität positiv bewertet wurde. Unzufriedener war man mit der Beurteilung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, also beispielsweise der Schulversorgung und den Freizeitangeboten. Die höchste Unzufriedenheit erzielte die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) (Neu u. a., 2007, S. 5).

Wissenschaftler erkennen zudem bereits einen Umbruch und beginnenden Zerfall insbesondere der ländlichen Gesellschaft in Ostdeutschland. Es wird konstatiert, dass die eigenen „kulturellen Konstruktionen der ländlichen Gesellschaft“ bislang

ermöglichten, den Wandel „selektiv und eigensinnig“ zu verarbeiten. Die Moderne hatte auf dem Land bisher ein anderes Gesicht als in der Stadt. Zwischenzeitlich sei jedoch ein Szenario aus Fragmentierung, Neuorientierung und Ghettoisierung

entstanden, das bislang keine dominante Linie der Reorganisation erkennen ließe, so die ernüchternde Bilanz. Die individuellen Alltagsbewältigungsstrategien kämen dort an ihre Gefährdungsgrenzen, wo gesellschaftlich/öffentliche Unterstützungsangebote zurückgefahren würden (Hauss u. a., 2006, S. 31 ff).

Betrachtet man das Leben auf dem Land aus der Perspektive der Jugendlichen, so ist das Dorf für die eigene Entwicklung immer unwichtiger geworden. Zugezogene empfinden ohnehin kaum Ortsbindung. Das Nur-Wohnen ist ein zu schwaches Anregungsmilieu, um auf Dauer Interesse an der Lebensumgebung zu entwickeln. Naturraumentfremdung und Verringerung der Selbstbeschäftigung der Kinder und Jugendlichen wird ebenso diagnostiziert wie das Durch-Fahren statt Er-fahren des Dorfes. Auch das Aufwachsen im „regionalen Dorf“ wird von weltweiten Konsumkampagnen und Lifestyle-Vorgaben geprägt. Die an der (Schul-)Bushaltestelle stehende Dorfjugend hat ansonsten kaum einen gemeinsamen „Lebensalltag Dorf“ (Herrenknecht, 2009, S. 94 ff).

Lebensqualität ist wesentlich geprägt durch die technische, soziale und kulturelle Infrastrukturausstattung sowie das Wohnumfeld und die erlebte dörfliche Gemeinschaft. Sie lässt sich jedoch nur zum Teil mittels objektiver Kriterien beschreiben. Dies liegt daran, dass die Bürgerinnen und Bürger objektiv identische Lebensbedingungen in Abhängigkeit von ihren eigenen Erwartungen und Ansprüchen unterschiedlich bewerten. Subjektive Wahrnehmung, Erwartungen oder Präferenzen spielen in ihre Bewertung hinein. Resultat derartiger Bewertungsprozesse ist die subjektive Zufriedenheit einer Person, die zwar auf ihre tatsächlichen Lebensumstände bezogen ist, aber in ansonsten objektiv weitestgehend identischer Situation recht unterschiedlich ausfallen kann. Im Weiteren wird deswegen der Blick auf die objektiven Lebensbedingungen gerichtet.

Aktuelle Problembereiche der Daseinsvorsorge

Die skizzierten tiefgreifenden Veränderungen in den ländlichen Räumen führen dazu, dass immer häufiger die bisherigen Angebote der Daseinsvorsorge nicht mehr aufrecht erhalten



Der Beitrag ist ein Kapitel aus dem Buch „Wohnen – Facetten des Alltags“ und konnte mit freundlicher Genehmigung des Schneider Verlags Hohengehren nachgedruckt werden. Der Band umfasst 256 Seiten, enthält Texte verschiedenerer Autoren und wurde 2010 vom Fachausschuss Haushalt und Wohnen der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. herausgegeben. Er richtet sich an alle, die sich professionell mit Wohnen beschäftigen, z. B. in der Wissenschaft, Wohnungswirtschaft, Politik und Praxis. Kosten: 24 Euro. Zu beziehen bei: Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V., Allensteiner Str. 16, 49088 Osnabrück. Tel. 0541-76089988, Fax. 0541-76089991, E-Mail: dgh@dghev.de

werden können. Bevor dieses dargestellt wird, kurz zum Begriff „Daseinsvorsorge“ in den Haushaltswissenschaften und der Raumordnung.

Private Haushalte erfüllen ihre Daseinsvorsorgefunktionen der Versorgung, Pflege und Erziehung im Verbund mit Einrichtungen und Institutionen ihres Umfeldes. Ihre individuellen Daseinsvorsorgestrategien entwerfen sie in Abhängigkeit von diesen haushaltsextern verfügbaren Ressourcen und Erfordernissen (Schweitzer, 1991, S. 178).

In der Raumordnungspolitik, dem Fachressort, das sich mit der Entwicklung der Räume befasst, wird der Begriff der Daseinsvorsorge seit den 1920er-Jahren mit einem fortwährend sich wandelnden Verständnis benutzt. Während zunächst darunter die Bereitstellung von Leistungen subsummiert wurde, auf die der moderne Mensch lebensnotwendig angewiesen war, versteht man darunter heute zumeist die Versorgung mit Infrastrukturgütern (Neu, 2009, S. 9 f.). Zu den staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge zählen heute die Grundversorgung mit Energie, Trinkwasser und Telekommunikation bzw. Breitbandversorgung sowie die Abwasserentsorgung und Müllbeseitigung. Hinzu gerechnet werden des Weiteren die Verwaltung, der öffentliche Nah- und Fernverkehr, die Kinderbetreuung, die Schulversorgung und die Altenpflege sowie die privatwirtschaftliche Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs.

Die Sicherung der Daseinsvorsorge ist die Voraussetzung zur Gewährleistung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ergibt sich aus dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG und dem Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 und soll allen Bürgern die Chance zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit gewährleisten. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind desgleichen in Art. 72 Abs. 2 GG verankert. Im Raumordnungsrecht wird folglich gefordert, sie „in allen Teilräumen zu schaffen“. Das Bundesraumordnungsgesetz (ROG) 2008 hat die Herstellung und Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse als Leitbild der Raumordnung und Strukturförderung verpflichtend festgeschrieben, lässt aber den Ländern beziehungsweise der Landesplanung einen weiten Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum.

Die „Gleichwertigkeit“ bezieht sich als dynamischer Begriff auf alle Lebensbereiche. Die Bezugsgröße des ROG zur Beurteilung der Gleichwertigkeit der Teilräume ist der „zentrale Ort oberster Stufe“ und nicht jede Gemeinde in diesem Teilraum. Das Zentrale-Orte-Konzept soll die öffentliche Daseinsvorsorgeleistungen zu angemessenen Erreichbarkeitsbedingungen gewährleisten. Es beinhaltet eine flächendeckende Grundversorgung im Nahbereich in Unter- beziehungsweise Grundzentren als zentrale Orte unterer Stufe, eine teilräumliche Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des gehobenen Bedarfs in Mittelzentren sowie des gehobenen Bedarfs in Oberzentren als zentrale Orte oberster Stufe. Zentralörtliche Statusfestlegungen erfolgen in der Landesplanung.

Die Radien der Versorgungsbereiche sind in den Ländern unterschiedlich und hängen vorrangig ab von der Siedlungsstruktur und der Lage. Die Leistungen, die auf einer Hierarchie-

stufe eines Zentralen-Orte-Systems angeboten werden, sind wiederum in Ausstattungskatalogen der Landesplanung geregelt. Sie werden privatwirtschaftlich oder als öffentliches Angebot vorgehalten. Die zentralörtliche Bedeutung einer Gemeinde ergibt sich hieraus, sowie aus der Gesamtbetrachtung der Versorgungslandschaft in ihrem Umfeld. Die Nähe zu anderen Zentren und deren Ausstattung ist ebenso mitentscheidend.

Da die Festlegung der zentralen Orte an Zuweisungen aus dem Finanzausgleich geknüpft ist, haben Gemeinden Interesse an der möglichst hohen Einstufung. Infrastruktur und Leistungen werden von diesen auch für das Umland erbracht, wofür sie aus dem kommunalen Finanzausgleich in Abhängigkeit von ihrer Einwohnerzahl einen finanziellen Ausgleich erhalten. Faktisch entspricht deshalb die Einstufung eines zentralen Ortes oft nicht dem vorgehaltenen Angebot. Besonders brisant ist des Weiteren die Vorgabe von Erreichbarkeitsnormen für einzelne Angebote oder ganze zentrale Orte. So sollte ein Mittelzentrum in Anlehnung an landesplanerische Standards innerhalb von 30 Minuten Fahrzeit mit einem PKW erreicht werden können und ein Oberzentrum in maximal 60 Minuten (Einig, 2008, S. 28 f).

Als Grundlage für die Abstimmung raumbezogener Planungen und zur Konkretisierung der „Gleichwertigkeit“ dienen die Leitbilder der Raumordnung. In ihnen ist der wünschenswerte Zustand abgebildet, wie sich die räumliche Entwicklung der Zukunft auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung darstellen sollte.

Mit den 2006 verabschiedeten neuen „Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ sind die aktuellen Herausforderungen aufgegriffen worden. Eines von drei Leitbildern wurde „Daseinsvorsorge sichern“ genannt. „Wachstum und Innovation“ und „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ heißen die beiden anderen (Staats, 2006, S. XII ff). Die Leitbilder machen deutlich, dass zukünftig weder auf eine wachstumsfördernde Politik zugunsten der wachsenden Metropolregionen und ihrer Verflechtungsräume einschließlich ländlicher Wachstumskerne verzichtet werden kann, noch auf eine Ausgleichspolitik zur Unterstützung strukturschwacher und peripherer Räume. Räumliche Vielfalt soll akzeptiert und unterstützt werden. Das klein- und großräumige Miteinander soll gestärkt und ein flächendeckendes Mindestmaß an Gleichwertigkeit im Sinn regional ausgewogener Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeiten an der Daseinsvorsorge gewährleistet werden.

In der Raumordnungspraxis ist heute gemäß der Maxime vom Gewährleistungsstaat stärker als zuvor eine arbeitsteilige Gemeinwohlrealisierung im Zusammenspiel von öffentlichem Sektor mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Akteuren als Partner anzuerkennen, die einzubinden sind (Staats, 2006, S. XIII). Wie dieser Auftrag im Einzelnen nachprüfbar erfüllt wird, das unterscheidet sich wieder länderspezifisch. Bundes- und europarechtlich einheitlich geregelt ist hingegen die Grundversorgung mit Universaldiensten wie Post und Telekommunikation.

Das Zentrale-Orte-Konzept soll nach dem Leitbild „Daseinsvorsorge sichern“ den gewandelten räumlichen Nachfragestruk-

turen entsprechend weiterentwickelt und angepasst werden. Dazu sollen die Funktionszuweisungen zu den unterschiedlichen Stufen überprüft und angepasst werden. Die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) empfiehlt Kooperationen zentraler Orte, um arbeitsteilig zentralörtliche Funktionen wahrzunehmen.

Die Anpassungsstrategien der Regionen zur Bewältigung des demografischen Wandels müssen regionsspezifisch in Abhängigkeit von ihren Stärken und Schwächen unterschiedlich erfolgen. Noch immer werden nicht überall zunächst regionale Entwicklungskonzepte unter Beteiligung der Bevölkerung aufgestellt und dann strategisch Maßnahmen geplant, wie den Veränderungen begegnet werden soll. Manche Regionen bemühen sich gezielt um den Zuzug bestimmter Zielgruppen wie Senioren oder Familien. Sie versuchen sich damit ein Alleinstellungsmerkmal zu schaffen. Die Bevorzugung einer Gruppe führt jedoch unwillkürlich zur Benachteiligung anderer. Soziale Integration ist in peripheren ländlichen Räumen, wo insbesondere Alt-Dörfler und Neu-Dörfler aufeinander angewiesen sind und einander kennen, jedoch wichtig, um soziale Risiken zu vermeiden.

Wanderungsgewinne einer Gemeinde führen unwillkürlich zu Wanderungsverlusten anderer Kommunen. Kommt es zu regionalen Absprachen über jeweils unterschiedliche Alleinstellungsmerkmale, kann das eine vernünftige Strategie ohne ruinösen Standortwettbewerb sein. In peripheren Regionen kann der Bevölkerungsrückgang auf diese Weise höchstens verzögert, nicht jedoch aufgehalten werden. Ein gezielter Rückbau der Infrastruktur der Daseinsvorsorgeangebote ist unvermeidbar. Kindertageseinrichtungen, Wasser- und Abwassersysteme, ÖPNV oder Dorfgemeinschaftseinrichtungen sind in ihrer Tragfähigkeit zu überprüfen. Dieses führt zu Diskussionen über soziale Kälte, die Preisgabe von Heimat und Identität, wenn die Verantwortlichen damit den kommunalen Haushalt konsolidieren, dem Risiko der Abwärtsspirale jedoch nicht adäquat begegnen.

Solange politisch nicht gezielt Anreize zum Umbau geschaffen und Schrumpfungprozesse positiv begleitet werden, sind viele Regionen nicht hinreichend motiviert, dem Wandel zu begegnen. Stattdessen wird Wachstum zum Beispiel über den kommunalen Finanzausgleich weiter belohnt (Junge, Körner, 2009, S. 88). Es fehlt auch an ressortübergreifenden Strategien, in peripheren Räumen öffentliche und private Daseinsvorsorgeangebote aufeinander abzustimmen. Die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten sind mit den (Ganztags)Schulzeiten, den Busfahrplänen und den Ladenöffnungszeiten zu koordinieren.

Es ist zwingend erforderlich, fach- und branchenübergreifend und vernetzt im Mannschaftsspiel zielorientiert die Entwicklung ländlicher Räume zu steuern (OEL 2009, S. 128 ff). Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und die Bürger sind gefordert, über ihre Überlebensstrategie gemeinsam zu entscheiden. Ansonsten, so stellt das Berlin-Institut insbesondere mit Blick auf die neuen Länder zum demografischen Wandel knapp fest, wird es Regionen geben, „denen sowohl die motivierten Akteure fehlen als auch die ausgebildeten, zur Innovation fä-

higen Bürger, die darum keine Chance zur Entwicklung haben“ (Berlin-Institut, 2009, S. 10).

Die Infrastruktur der Daseinsvorsorge hat stets „mehr als reine Versorgungsfunktionen für die Bürger erfüllt. Sie beförderte zugleich die soziale und territoriale Integration der Gesellschaft“ und somit die Teilhabe an den gesellschaftlichen Entwicklungen. Aktuell ist ein Paradigmenwechsel im Umgang mit bedürftigen Regionen zu konstatieren. An die Stelle von Unterstützung tritt eine Kürzung und Einstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der „gewährleistende“ Wohlfahrtsstaat sorgt nicht mehr primär für die Reduzierung sozialer Ungleichheit, sondern zieht sich Stück für Stück aus der Leistungserbringung zurück. Die Frage nach dem zukunftsfähigen Maß an „Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft“ und der zukünftigen Rolle der Bürger bei der Erbringung daseinssicherer Leistungen ist jedoch noch offen. Es ist ein neues „Drehbuch“ für ein gelingendes Zusammenspiel von Staat, Markt und Bürger im Sinne kommunaler Selbstverwaltung und demokratischer Mitbestimmung und bürgerschaftlicher Beteiligung zu schreiben (Neu, 2009, S. 11 ff). Möglicherweise heißt das aber zugleich, vom wohlfahrtsstaatlichen Anspruch der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse Abschied zu nehmen und sich bei der zukünftigen Gestaltung der Daseinsvorsorge „am wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu orientieren“, dem neuen Leitbild für die Gestaltung der Daseinsvorsorge auf europäischer Ebene. Im Vertrag über eine Verfassung für Europa vom 06.08.2004 wird dieses Leitbild als Ziel der Europäischen Union beschrieben (Kersten, 2009, S. 27 ff).

2 Daseinsvorsorge im Rahmen zukünftiger regionaler Entwicklungspolitik

Trends regionaler ländlicher Entwicklungspolitik

Die Debatte um die Entwicklungsprobleme peripherer ländlicher Räume hat bereits vor Jahrzehnten zu Überlegungen der Neuausrichtung der regionalen/ländlichen Entwicklungspolitiken geführt. In den 90er-Jahren beginnend, wurden diese Ansätze um Konzepte einer nachhaltigen und integrierten Regionalentwicklung erweitert und in zahlreichen Modellvorhaben erprobt.

Nicht zuletzt durch die drei Leitbilder, die eine eigenständige, ganzheitliche Perspektive auf die strukturschwachen, peripheren Räume erschweren, wurde 2009 ein „Handlungskonzept der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume“ vorgelegt. Eine kohärente strategische Vision, wie sie die OECD 2007 mit einem neuen Paradigma einforderte, fehlt jedoch weiterhin. So haben verschiedene Institutionen in Deutschland in den letzten Jahren zu den Problemen Position bezogen. Sie bestätigen in ihren Analysen alle die Notwendigkeit einer strategischen regionalen Entwicklungspolitik (Mose, Nischwitz, 2009, S. 4 f).

Trotz des Postulats „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ und des Leitbildes „Daseinsvorsorge sichern“ besteht letztlich bis heute kein gesellschaftspolitischer Konsens über die zukünftige

Funktion und den Umgang mit peripheren, strukturschwachen ländlichen Regionen. Diesen braucht es, um eine fundierte Basis für eine eigenständige und selbstverantwortliche regionale Entwicklungspolitik zu bekommen. Sodann sind die Regionen selbst gefordert, ihre Konzepte zu formulieren, ihre Potenziale zur Selbstregulation zu erschließen und pro-aktiv gestaltend tätig zu werden.

Bezüglich des Entwicklungspfades wird in der Regel die „Region“ der Raumzuschnitt sein, auf den sie sich bezieht. Eine Region weist regionale Gemeinsamkeiten auf, wie eine Identität, einen gemeinsamen Naturraum oder kulturhistorischen Zusammenhang. Sie sollte, um handlungsfähig zu bleiben, ein Ober- und Mittelzentrum, Bildungseinrichtungen, soziale und technische Infrastruktur einschließen. Die Einbettung in großräumige Partnerschaften wie Metropolregionen und kleinräumige interkommunale Netzwerke wäre von Vorteil.

Eine institutionelle und organisatorische Erneuerung von Regionen erfordert eine Gesamtstrategie, die Organisation von Integrations-, Kooperations- und Vernetzungsprozessen anhand von Projekten, die Etablierung eines Regionalmanagements und fach- und sektorübergreifender Planungsansätze. Ohne einen Umbau der bisherigen Verwaltung, die effektiver und wirksamer handelt, wird dieses selten gelingen. Sodann sind gemeinsam Schwerpunktprobleme zu identifizieren wie der demografische Wandel, Bildung, Fachkräftemangel, Verkehr und Mobilität und/oder Nahversorgung. Die Bündelung eigener Stärken, wie die Einbindung von Bildungseinrichtungen o.Ä., und Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements soll als Triebfeder für die Regionalentwicklung genutzt werden. Regions- und problemspezifisch flexibel sind „Top-down-Instrumente“ und „Bottom-up-Ansätze“ zu kombinieren, um Daseinsvorsorge regional zu ermöglichen (Mose, Nischwitz, 2009, S. 8 ff). In partizipativen Verfahren wie Zukunftswerkstätten und Dorfanalysen äußern Bewohner, womit sie unzufrieden sind oder wie sie ihre Gemeinde wünschen. Diese Beteiligungsformen könnten auch genutzt werden als Programm zur „Wiedereingemeindung einer bereits aufgebrochenen Jugend“, um das wichtige Jugendinnovationspotenzial gezielt nutzen und einbinden zu können (Herrenknecht, Tschöke, 2009, S. 287).

Parallel ist die Einführung neuer Struktur- und Schwerpunktprogramme für periphere, strukturschwache Regionen und eine Reform der bisherigen Gemeinschaftsaufgabeförderung unverzichtbar (Wissenschaftlicher Beirat, 2006, S. 3). Die Agrarförderung muss von der Förderung der regionalen Strukturpolitik entkoppelt werden. Möglicherweise ließe sich dann ein Spezialprogramm „Umbau und nachhaltige Entwicklung von peripheren Räumen“ auflegen, das nach Definition eindeutiger Erfolgskriterien und Zielvereinbarungen zeitlich begrenzt Förderung gewährt, die Steuerung und Erfolgskontrolle ermöglicht. Eine zusätzliche Stärkung der Finanzausstattung der regionalen Ebene, zum Beispiel durch einen höheren Verbleib von Steuern in der Region, könnte zu einer Entlastung auf EU und Bundesebene führen und die Regionen zwingen, mit ihren Finanzmitteln aus regionalen Ressourcen noch wirtschaftlicher umzugehen. Weil ein solch grundsätzlicher Politikwechsel eher

für unrealistisch gehalten wird, sollte die regionale Entwicklungspolitik sich zumindest um Emanzipation von den bisher stark sektoral orientierten Politikbereichen wie der Agrarpolitik bemühen und alle Ansatzpunkte für regionales Handeln nutzen (Mose, Nischwitz, 2009, S. 14 f).

Unabhängig von der zukünftigen Förderung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen stellt sich die Frage nach den Anforderungen an den Bürger in diesem Zusammenhang. Wenn öffentliche Daseinsvorsorge zurückgefahren wird, diese an private Dienstleister abgegeben wird, wo ist dann eine Kooperation mit den Bürgern möglich? Wer fährt zukünftig immobile Senioren ohne Angehörige in die nächste Kreisstadt? Wer übernimmt den Winterdienst oder kümmert sich um die nicht mehr geleerten Mülleimer? Können und wollen Bürger diese Aufgabe übernehmen? Die Studie des Freistaates Sachsen und die Galenbeck-Studie stellten dazu fest, dass Bürger sich an gemeinschaftlichen Aktivitäten (noch) stark beteiligen, dass das Ausbaupotenzial des bürgerschaftlichen Engagements jedoch nicht überschätzt werden darf (Freistaat Sachsen, 2009, S. 41; Neu u. a., 2007, S. 4). Wenngleich Bürger nicht bereit sind, den Rückzug aus der öffentlichen Daseinsvorsorge zu kompensieren, so haben sie in unzähligen Projekten und Initiativen in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie sich für die Entwicklung ihrer Region stark machen und mitgestalten wollen.

Strategien und Maßnahmen gelingender Daseinsvorsorge

Aus den zahlreichen Modellvorhaben, die in den letzten Jahren zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum realisiert wurden, lässt sich ableiten, dass auf der Basis kleinräumiger Bevölkerungsvorausschätzungen strategische Konzepte für unterschiedliche Handlungsfelder zu planen sind. Politik, Verwaltung und die übrigen beteiligten Akteure sollten gleichberechtigt mitwirken. Der Regionalplanung sollte dabei eine koordinierende Funktion zukommen, die im engen Dialog mit den Fachplanungen erfolgt.

Bis 2025 wird es in Westdeutschland nach zuverlässigen Berechnungen kaum noch Bevölkerungsverchiebungen geben, während sich in Ostdeutschland der bisherige Trend dynamisch fortsetzen wird. Insgesamt wird für die ländlichen Räume dort mit einem Bevölkerungsverlust gerechnet, mit Ausnahme der ländlichen Räume in der Nähe zu Verdichtungsräumen, die ihre Bevölkerung werden halten können. Anpassungsstrategien im Sinn pro-aktiver Steuerung unter anderem der Daseinsvorsorge im Schrumpfungsprozess sind gefragt. Wie dieses gelingen kann, soll am Beispiel des ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr, d. Red.) aufgezeigt werden, mit dem man schon heute oft unzufrieden ist.

Das Rückgrat des ÖPNV in ländlichen Räumen ist der Schülerverkehr. Bei der Anpassung des ÖPNV an den demografischen Wandel ist das zu berücksichtigen. Schulplanungen sowie die infrastrukturelle Erschließbarkeit von Neuansiedlungen (Wohnhäusern, Freizeitangeboten, Ärzten u. a.) mit dem ÖPNV müssen bei der regionalen Entwicklungsplanung berücksichtigt werden.

Mit flexiblen, passgenauen Bedienformen hat man bei im Raum zerstreuten Verkehrsströmen den größten Erfolg. Ob Anrufbus auf Bedarfslinie oder Anrufsammeltaxi, gemeinsam ist diesen Angebotsformen, dass die Fahrten nur auf Wunsch und angemeldet durchgeführt werden. Entscheidend für die Angebotsform ist die Bevölkerungsdichte, Siedlungsstruktur und Größe des Bedienungsraums sowie das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung.

Modellprojekterfahrungen und Erkenntnisse aus LEADER-Regionen (Regionen, deren Entwicklung u. a. aus EU-Mitteln/LEADER-Förderung subventioniert wurde) zeigen eindeutig, je früher die örtliche Bevölkerung im Sinne eines „Bottom-up-Planungsprozesses“ einbezogen wird, umso stärker trägt sie die Verantwortung dafür mit. Das Zusammenspiel vieler verschiedener Angebotsformen hilft, viele verschiedene Zielgruppen zu erreichen, die eine unterschiedliche Ansprache benötigen, weil sie Angebote des ÖPNV bisher nur selten oder nie nutzen. Administrative Herausforderungen sind bei unkonventionellen und innovativen Lösungen zu bewältigen, wenn Ausnahmen von Gesetzen und Vorschriften erwirkt werden müssen. So verbietet das Personenbeförderungsgesetz beispielsweise bisher jeden gewerblichen Personenverkehr außerhalb der konzessionierten Linien. Neue Mobilitätskonzepte sind hier nicht vorgesehen, was die verwaltungstechnische Handhabbarkeit erschwert und unter Umständen für einen Bürgerbus das Aus bedeutet. Versicherungsrechtliche Fragen lassen sich oft gar nicht zufriedenstellend klären. Gesetzes- und Strukturveränderungen, eine Erweiterung der Experimentierklauseln und Subjektförderung (z. B. gutscheinbasierte Angebote) sind erforderlich, um attraktive Lösungen dauerhaft zu etablieren und ein „Management des Schrumpfens“ betreiben zu können (Innoz, 2007, S. 1).

Vergleichbar dem Handlungsfeld Mobilität gibt es Erfahrungen aus Projekten auf Bundesebene, aber auch Initiativen unterschiedlicher Akteure auf regionaler Ebene zu anderen Bereichen der Daseinsvorsorge. Eine Studie des Verbraucherzentrale Bundesverbands zur Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs hat ergeben, dass von den Konzentrationsprozessen im Einzelhandel insbesondere ältere Menschen, Behinderte und Einkommensschwache negativ betroffen sind, für die sich in vielen Bereichen ihres Lebens die Teilhabefrage grundsätzlicher stellt. Gerade diese Gruppen sind Nutzer des ÖPNV, weil sie sich aus gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Gründen keinen eigenen PKW anschaffen können. Sie werden sich auch zukünftig schon wegen niedriger Lebenshaltungskosten eher in ländlichen Regionen ansiedeln (Kuhlicke u. a., 2006, S. 97 ff).

Wo die Nahversorgung völlig infrage gestellt ist, gibt es zum Beispiel Servicestationen. Sie halten in peripheren Lagen das Angebot des täglichen Bedarfs auch von regionalen Erzeugern vor, bieten auch Post- und Bankdienstleistungen und Ähnliches an. Wie man dieses Konzept in anderen Regionen erfolgreich umsetzen kann, ist in einem Leitfaden anschaulich beschrieben (TU Berlin, 2007). Gut dokumentierte Beispiele gelingender Daseinsvorsorge gibt es. Sie sind gegebenenfalls weiter zu sy-

stematisieren und im Hinblick auf Umsetzbarkeit in Regionen vergleichbarer Problemlagen zu prüfen beziehungsweise zu testen.

3 Perspektiven

Ländliche Räume sind als Wohn- und Lebensumfeld unterschiedlich. Ihre Bewohner sind mit den Lebensbedingungen (noch) relativ zufrieden. Die Sicherung der Daseinsvorsorge gewährleistet gleichwertige Lebensverhältnisse, die allen Bürgern grundgesetzlich verankert die Chance zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit und Teilhabe ermöglichen. Aber das Zentrale-Orte-System kommt in peripheren Räumen an die Grenzen seiner (wirtschaftlichen) Tragfähigkeit. Die Forderung nach einer partizipativ „von unten“ und steuernd „von oben“ gemeinsam gestalteten eigenverantwortlichen Regionalpolitik und Regionalentwicklung wird immer lauter. Die Förderpolitik, die bis heute Wachstum statt Umbau und Schrumpfung unterstützt, bedarf einer grundsätzlichen Neuorientierung.

Die für die Daseinsvorsorge verantwortlichen Akteure auf regionaler Ebene haben in vielfältigen Projekten gezeigt, dass sie die sich bietenden Handlungsspielräume verantwortungsbewusst aktiv nutzen, um lebenswerte Bedingungen auch in peripheren Räumen aufrechtzuerhalten. Die Rahmen setzenden politischen Ebenen (EU, Bund und die Länder) sollten dieses durch Reformen in der Förderpolitik anerkennen und unterstützen. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um mit Bürgern, die noch eine starke regionale Identität und Bindung besitzen, ihre Dörfer für die Zukunft zu rüsten. Der Trend in der EU wird in den nächsten Jahren stark zunehmen, finanzielle Mittel verstärkt in die wirklich strukturschwachen Regionen in den neuen Mitgliedsländern in Mitteleuropa zu lenken.

Quellen

- Bartel, F.; Brunsiek, S.; Klocke-Daffa, S.: Landleben in Lippe 1850 – 1950. In: Lippische Studien 11, Band 1, Detmold, 1991
- Beetz, S.: Die Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin-Brandenburgische Akademie für Wissenschaften Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume. Materialien Nr. 14, Berlin, 2007
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Berlin, 2009
- Einig, K.: Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. In: BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung. Heft 1/2 2008, S. 17 – 40
- Frantzen, N. u. a.: Herausforderung Vielfalt – Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): E-Paper Nr. 4, Hannover, 2008
- Freistaat Sachsen (Hrsg.): Daseinsvorsorge aus Bürgersicht. Schriftenreihe des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie. Heft 31/2009, Leipzig, 2009
- Hauss, F.; Land, R.; Willisch, A.: Umbruch der Agrarverfassung und Zerfall

- der Ländlichen Gesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 37/2006, S. 31 – 38
- Henkel, G.: *Der ländliche Raum*, Stuttgart und Leipzig, 1999
- Herrenknecht, A.: Die Rückkehr des ländlichen Blicks – Sozialräumlich-orientierte Kinder- und Jugendarbeit auf dem Lande. In: U. Deinert (Hrsg.): *Sozialraum Jugendarbeit*. Wiesbaden, 2009, S. 93 – 113
- Herrenknecht, A., Tschöke, T.: Das Dorf als sozialräumlicher Untersuchungs-ort – Konzeptionelle Auswertung ländlicher Jugendarbeit der 1970er und 1980er Jahre. In: U. Deinert (Hrsg.): *Methodenbuch Sozialraum*. Wiesbaden, 2009
- Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel (Innoz) (Hrsg.): *Zukunftsfähige Mobilitätsangebote für schrumpfende Regionen*. Nr. 2, 2007
- Junge, B. K., Körner, H.: Die Dimension des demografischen Wandels erfordert eine Neubestimmung von Werten. In: BBSR (Hrsg.): *BBSR-Online-Publikation 34/2009*, S. 82 – 89
- Kersten, J.: Wandel der Daseinsvorsorge – Von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zur wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion. In: Neu, C. (Hrsg.): *Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung*. Wiesbaden, 2009, S. 22 – 38
- Kuhlicke, C.; Petschow, U.; Zorn, H.: Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum. Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung. In: *Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (Hrsg.): Hat der ländliche Raum eine Zukunft? Schriftenreihe des Verbraucherzentrale Bundesverbandes zur Verbraucherpolitik*. Berlin, 2006, S. 93 – 331
- Maretzke, S., Weiss, W.: Demografische Herausforderungen Ländlicher Räume. In: *BMVBS/ BBSR (Hrsg.): Ländliche Räume im demografischen Wandel*. BBSR-Online-Publikation 34/2009, S. 33 – 44
- Mose, I., Nischwitz, G.: Anforderungen an eine regionale Entwicklungspolitik für strukturschwache ländliche Räume. In: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): E-Paper Nr. 7*, Hannover, 2009
- Niehage, A.: Landwirtschafts- und haushaltsnahe Dienstleistungen im ländlichen Raum – Vielfalt der Möglichkeiten. In: *Entwicklungen im ländlichen Raum, Schriftenreihe Ökotrophologie der Fachhochschule Osnabrück*, Band 2, Aachen, 2005, S. 11 – 25
- Neu, C.: *Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung*. Wiesbaden, 2009
- Neu, C. u. a.: *Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck*. In: *Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.)*. Schwerin, 2007
- OECD (Hrsg.): *OECD-Bericht über die Politik für den ländlichen Raum. Das neue Paradigma für den ländlichen Raum*. Paris, 2006
- Oel, H.-U.: Das Ende der Ressorthoheit? Der demografische Wandel erfordert neue Politikkonzepte und neue Entscheidungsstrukturen. In: *BMVBS/BBSR (Hrsg.): Ländliche Räume im demografischen Wandel*. BBSR-Online-Publikation 34/2009, S. 124 – 131
- Schweitzer, R. von: *Einführung in die Wirtschaftslehre des privaten Haushalts*, Stuttgart, 1991
- Staats, J.: Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung – Möglichkeiten der Umsetzung durch die Bundesraumordnung. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 1/12 2006, S. 12 – 14.
- Technische Universität (TU) Berlin (Hrsg.): *Servicestationen. Ein Leitfaden für Betreiber*. Berlin, 2007
- Universität Rostock (Hrsg.): *Ländliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck. Abschlussbericht*. Rostock, 2007
- Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim BMELV: *Weiterentwicklung der Politik für die ländlichen Räume. Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim BMELV*. Berlin, 2006

Prof. Dr. Alrun Niehage
Hochschule Osnabrück
Fachbereich Agrarwissenschaften und Landschaftsarchitektur,
Sozioökonomie des Privathaushalts und
Beratungslehre/Erwachsenenbildung
Oldenburger Landstraße 24
49090 Osnabrück,
E-Mail: dgh@dghev.de

Chance! Demografischer Wandel vor Ort. Ideen ■ Konzepte ■ Beispiele

... heißt eine Broschüre, die der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie die Deutsche Vernetzungsstelle Ländlicher Raum im Januar 2012 herausgegeben haben.

„Die Städte, Gemeinden und Kreise befinden sich in einer Zwickmühle. Sie sollen hochwertige Daseinsvorsorgeeinrichtungen vorhalten, um ihren Einwohnern, Neubürgern und Unternahmen ein attraktives Lebens- und gewerbliches Umfeld zu bieten. Andererseits können sie Wohnbau- und Gewerbeflächen, Kindergärten oder Abwasserbehandlungsanlagen nicht auslasten und verfügen nicht über die Mittel, die Qualität der Einrichtungen dauerhaft auf hohem Niveau zu halten. Sie können die Spannung zwischen der Erwartung an die Ausstattung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge und zurückgehenden öffentlichen Mitteln zur Erhaltung der Einrichtungen zusehends weniger ausgleichen“, heißt es gleich zu Beginn. Die Broschüre stellt daher verschiedene Instrumente und Fallbeispiele vor. Sie zeigen, dass es keine einfache oder einheitliche Herangehensweise an die Frage gibt, wie sich die Städte, Gemeinden, Kreise, Regionen und Bürger auf den demografischen Wandel und die Frage einstellen können und wie zukünftig die erforderliche Infrastruktur vorgehalten werden kann. Es gibt keine Standardlösung, aber viele gute Ideen. „Diese Vielfalt deutlich zu machen und Mut zu machen, den demografischen Wandel aktiv anzugehen, ist das Ziel dieser Publikation“, so die Herausgeber.

Ein kostenloser Download ist über <http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/themen/demografischer-wandel/> möglich.

Gedruckte Exemplare können bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn, Tel. 02 28 68 45-34 59 E-Mail: dvs@ble.de bezogen werden.